

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. W. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haag,
S. W. Corner Third and
contes str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 60 Pf. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1. u.
2. u. 3. Monat besonders an-
genommen; im Agr. Sachl.
u. Prgsch. Sachl. Allenber.
auch auf den 1. u. 2. Monat
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Beile berechnet.

Nr. 19.

Mittwoch, 17. Februar.

1875.

Ein deutscher Professor.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in den letzten Tagen mit der neuen Provinzialordnung für die östlichen Provinzen — eine Gesetzentwurf, die zwar für die sehr zurückgebliebenen östlichen Provinzen unlangbar einen Fortschritt bedeutet, falls sie, was sehr wahrscheinlich, auf die westlichen Provinzen ausgedehnt werden sollte, für diese aber ein Rückschritt in den Anfang dieses Jahrhunderts wäre. In der Sitzung des 10. Februar Professor Sybel von Bonn zum Wort, legte das interessante Geständnis ab, daß die liberalen Parteien am Rhein schon jetzt sehr empfindlich die Nachteile des Reichswahlgesetzes empfinden und möchte dann seinem gepreßten Herzen u. A. in folgenden Sätzen laßt:

„Es ist die Pflicht der Regierung, sehr wohl zu erwägen, in wessen Hände Autonomie und Selbstverwaltung in den westlichen Provinzen gelegt wird. Ich unterscheide sehr bestimmt zwischen den Parteien und ihrem Werthe auch für die Frage der Selbstverwaltung: ich unterschreibe jedes Wort, das der Abg. Lasker über die heilende Kraft gerade des gemeinsamen praktischen Wirkens gegenüber dem politischen Parteigegensatz gesagt hat. Aber es gibt ganz eigenhümliche Parteien. So viel ich weiß, hat das hohe Haus nicht das Glück, einen Sozialdemokraten, der der Internationale angehört, in seiner Mitte zu besitzen; ich behaupte also keinen für das Haus etwa glühenden Punkt. Ich füge den Fall, der sich ja bekanntlich in Rheinland und Westfalen nach den Hoffnungen der Herren Hasselmann und Hasenlocher noch nicht verwirklicht hat, der aber doch möglicherweise einmal eintreten könnte, daß die große Majorität der rheinischen Bevölkerung den Doctrinen gewonnen wird. Ich hoffe, dieser Fall wird nicht so bald eintreten, aber möglich ist er doch. Nun sehen Sie in diesem Falle die Wahlen zu den Communal-, Kreis- und Provinzialämtern sämtlich beherrscht von einer internationalen Majorität, die erklärt, daß jedes Landesgesetz nur Geltung hat, soweit es mit dem Parteiprogramm übereinstimmt, an dessen Spitze die Pflicht der unbedingten Unterwerfung unter die Befehle des Bundeshauptes steht. Nehmen Sie dazu, daß dieses Bundeshaupt im Laufe der Jahre (Auf links: auswärtiges Bundeshaupt!) von London nach Rom verzoogen und damit unseren Interessen noch fremder geworden ist. Eine solche Partei, die die Nichtbeachtung unserer Gesetze ihren Genossen auferlegt hat, übernimmt in der Rheinprovinz alle durch die Organisation geschaffenen Stellen. Sie wissen weiter, daß diese Partei sich durch alle Länder Europas verzweigt, nach dem Krach zwar wegen der sinkenden Conjunctur ein wenig entkräftet, aber jeden Augenblick bereit, wieder Lust, Feuer und Thätigkeit zu bekommen. Sie hat in Frankreich, sowie anderwärts mächtige Ableger und würde gern an Stelle der jetzigen konservativen Republik dort die rothe setzen. Eine der ersten Maßregeln wäre der Krieg gegen alle Könige, insbesondere gegen den König von Preußen, den deutschen Kaiser, als den Urheber des Militarismus. Sie würde nicht daran denken, daß hier in Preußen durch Ihre Gesetze eine so vortreffliche Menge von Freiheit und Autonomie eingeführt wird. Sie würde in ganz Europa unser Deutsches Reich mit ihren Regeln zu umgeben suchen, und seien Sie sicher, wenn einmal an einer solchen Stelle ein derartiger Ausbruch erfolgt, so würden alle die durch sie gewählten Beamten in diesen Provinzen gemessene Dreie haben, nicht im Sinne des Staats, sondern im Sinne der Partei zu verfahren. Nun, meine Herren, ich präsumiere hier einen Fall, der aber in jedem Augenblick möglicherweise sich verwirklichen kann. Von diesem Raisonnement aus komme ich zu meinem ursprünglichen Satze: unsere Staatsregierung thut sehr wohl, in einer Uebrig, die voll von Fabrikern, voll von Großindustrie, voll von unruhig gährenden Arbeitermassen ist, die Augen offen zu halten, in einer solchen Nachfrage die beiderseitige Stellung zu prüfen, erst nach bestimmter Erwägung aller denkbaren Folgen, auch aller europäischen Conjuncturen, in einer solchen Provinz mit der Verwaltungreform vorzugehen.“

Es ist Ihnen wohl eingewendet worden: sollen wir denn unsere große Reform aufhalten und hindern durch die Rücksicht auf solche momentane Besorgnisse, durch solche vorübergehende Schwierigkeiten? Ich bleibe immer bei meinem Gleichnisse: wenn das sicher wäre, daß die soziale Frage in den drei von dem Abg. Lasker bezeichneten Jahren gelöst würde („Wir müssen das bereits gebilligte System in 3 bis 5 Jahren ausführen“, hatte der Abg. Lasker gesagt), nun so hätte ich auch nicht dagegen, daß man heute schon mit der Reform vorwärts ginge. Da aber die soziale Frage eine Frage von weltgeschichtlicher Bedeutung ist, während alle unsere Verwaltungsreformen doch immer nur staatsgeschichtliches Gewand haben, so kann ich nicht anders, als solchen Fragen gegenüber die Entwidlung der Verwaltungsreform mit Vorsicht unterordnen. Was mir als der wichtigste Kampf erscheint, der dem Deutschen Reiche und dem preussischen Staate heute obliegt, das kann ich nicht als ein kleines Hindernis behandeln; dem muß ich Rechnung tragen bei jedem neuen Gesetz, bei jeder Verwaltungsreform — bei Strafe der geschichtlichen Konsequenzen für die Sicherheit des Staates, für das Wohl unserer Nation. Mein lebhaftester Wunsch ist es, daß die Zeit bald kommen möge, wo auch dieser innere Streit ausgefochten ist, wo es keine Partei mehr in unserem Vaterlande gibt, die einen unwürdigen Gesetzgeber verehrt, die unwürdige Gesetze höher stellt als die vaterländischen. Bei aller Selbstverwaltung ist die erste und letzte Voraussetzung — auch das hat vorhin der Abg. Lasker bereits ausgesprochen — die Herrschaft des Gesetzes; und wenn er gesagt hat: nach Erlaß dieser Gesetze wird es an uns sein, die Charaktere auszubilden, so wünsche

ich ihm lebhaft, daß er recht bald eine Menge Schüler seines Charakters ziehen möge, muß aber einstweilen auf dem Zweifel beharren, daß es in unserem Vaterlande leider Tausende und viele Tausende gibt, denen durch Agitation mannichfacher Art der unbedingte Respekt vor dem vaterländischen Gesetz, der die unerlässliche Grundbedingung des Selbstregiments ist, zur Zeit gründlich abhandeln gekommen ist, daß demnach also bei festgestelltem Beschluß, vorwärts zu schreiten, doch entschieden Vorsicht im Tempo, in quomodo (wie?) und in quando (wann?) vorgeschrieben ist.“ (Weisfall: Zischen im Centrum.)

So Herr Sybel. Daß dem „liberalen“ Herrn Professor das Reichswahlgesetz trotz des zweifachen Censur des Alters und der Diätenlosigkeit „zu liberal“ ist, finden wir sehr natürlich, und wollen ihn deshalb nicht tadeln — Jedermann hat das Recht, eine Ansicht zu haben. Anders jedoch sieht's um die Aeußerungen des Herrn Sybel über die Sozialdemokratie und die Internationale. Es ist wahr, dieselben waren in sofern nicht ernsthaft gemeint, als Herr Sybel die „rothe Internationale“ offenbar nur als Anhängsel betrachtete, um auf die „schwarze Internationale“ zu schlagen. Allein das bessert die Sache nicht; es zeigt nur, daß der Mann neben anderen Eigenschaften auch die der Feigheit in hohem Maße besitzt; und leichtsinnig die Unwahrheit zu sagen, ja direkt zu lügen, ist unter keinen Umständen erlaubt. Das hat aber Herr Sybel hier in schamloser Weise gethan.

Um bloß zwei Punkte heranzugreifen: Daß Hasselmann und Hasenlocher zur internationalen Arbeiterassoziation gehören; daß die deutschen Mitglieder der internationalen Arbeiterassoziation einem im Ausland lebenden „Bundeshaupt“ programmgemäß zu „unbedingter Unterwerfung“ verpflichtet seien.

Das sind entweder mit unverantwortlicher Frivolität ausgesprochene Unwahrheiten, oder es sind bewußte, — vorbe-dachte Lügen. Wenn der Herr Professor dem Leipziger Hochverrathprozeß mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, das Programm der internationalen Arbeiterassoziation gelesen, und nur hier und da einen Blick in unsere Parteioorgane geworfen hat, mußte er den Sachverhalt kennen. Wenn er dies aber nicht gethan, also von Parteien und Personen, die er nicht kennt, geredet, in verläumderisch denunziatorischer Weise geredet hat, dann ist er günstigen Falls ein leichtfertiger Schwärzer, der von Wahrheit und Ehre keinen Begriff hat. Und dieser Herr Sybel ist Geschichtsschreiber! Einer unserer „berühmtesten“ Geschichtsschreiber! Nun — vom Caliber der Treisichte in seinem Geschichtswerk über die französische Revolution hat Herr Sybel genau denselben Respekt vor der Wahrheit bewiesen, wie in seinen Expektorationen vom 10. d. Mts. Sybel der Geschichtsschreiber ist würdig Sybel's des Redners.

Die Landfrage vor dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am 6. d. Monats entspann sich im preussischen Abgeordnetenhaus bei Berathung des Etats der Domänenverwaltung eine längere Debatte, die wir nach dem Bericht der „Bosfischen Zeitung“ hier wiedergeben und einer kurzen Kritik unterziehen wollen:

Abg. Miquel: Ich habe aus dem Schreiben des Finanzministers vom 2. Februar d. J. mit Freuden ersehen, daß sie einem dringenden Wunsche des Hauses nachgekommen ist und bereits zwei Domänen von je ca. 250 Hektaren zu kleineren Parzellen für bäuerlichen Besitz zerlegt hat. Es wäre von Interesse, Mittheilung darüber zu erhalten, nach welchen Grundsätzen man dabei verfahren ist, welche Zahlungsbedingungen man gestellt, welche Größe von Besitzungen man ins Auge gefaßt und welche Erfahrungen man bei dem Verkauf solcher Stellen im Wege der Concurrenz gemacht hat. Das Haus hat fast einstimmig anerkannt, daß in vielen Theilen Preußens der Grundbesitz, der staatliche wie der private, zu groß ist, um mit vollem Vortheil bewirtschaftet werden zu können. Andererseits sind die großen Uebelstände der Auswanderung und des fortschreitenden Arbeitermangels vorzugsweise durch den Mangel eines grundbesitzenden Mittelstandes hervorgerufen worden. Wo ein grundbesitzender Kleinbauernstand herrscht, da sind immer überschüssige Arbeitskräfte vorhanden; aber bei den heutigen Verhältnissen ist es auf die Dauer nicht möglich, mit Sicherheit einen hinreichenden Arbeiterstand auf dem Lande zu erhalten, wenn man den Leuten nicht die Hoffnung gewährt, daß sie sich nach langer Dienst- und Arbeitszeit, bei Sparsamkeit und Fleiß ein kleines Eigentum erwerben können. Dies Ziel zu erreichen hat die Staatsregierung nicht nur die Mittel, sondern ein großes politisches und soziales Interesse. Andererseits stehen ihr nicht die Hindernisse entgegen wie dem Privatgrundbesitzer, Hindernisse, die vorzugsweise in unserer Hypothekensetzgebung und in der starken Belastung des Grundbesitzes mit Hypotheken beruht. Ein Minister, der jetzt vor das Haus mit der Erklärung trat: „Meine Herren! Sie haben in drei Jahren fast 200 Mill. Thaler für Eisenbahnen bewilligt, ich ersuche Sie, mir einmal 20 Millionen zu bewilligen, um geeignete Domänen in bäuerliche Besitzungen zu verwandeln, die notwendigen Gebäude zu bauen und sie unter den günstigsten Zahlungsbedingungen, selbst gegen Erbpacht (Widerspruch links) — ja, meine Herren, ich halte die Furcht vor Erbpacht für eine übertriebene und unbegründete — den Käufern zu überlassen“, dieser Minister würde nicht nur bei uns das bereitwilligste Entgegenkommen finden, sondern sich auch den Dank des Landes verdienen.

Was die vielfachen Schwierigkeiten des Großgrundbesitzers in Bezug auf die Erwerbung von Kapitalien für Meliorationen betrifft, so ist es nur außerordentlich interessant, daß in den öst-

lichen Provinzen eine Agitationen in einer Richtung entstanden ist, die in hohem Maße die Aufmerksamkeit der Regierung verdient. Es wird darauf hingewiesen, daß in England Einrichtungen bestehen, nach welchen auch bei einer vorhandenen hypothekarischen Belastung des Grundbesitzes zur Befreiung neuer Kapitalien Behufs Meliorationen, wenn ihre Durchführung nachgewiesen wird, dem Verleiher Vorkaufrechte eingeräumt werden. Ein solcher Weg scheint mir der einzig richtige und mögliche zu sein, um eine durchreisende Melioration, namentlich die so hochwichtige Drainage allgemein durchzuführen. In England ist man sogar so weit gegangen, was ich allerdings nicht empfehlen möchte für diesen Zweck Staatshilfe durch Staatsanleihen zu bewilligen. Gerade die jetzige Zeit ist besonders geeignet, mit den vorhin gedachten Einrichtungen vorzugehen. Es kommt jetzt die Zeit heran, und sie ist zum Theil bereits eingetreten, wo das Kapital sich wieder mehr dem Ackerbau zuwendet, und diese seine Neigung muß benützt werden. Es sollen dies nur Anregungen für die Regierung sein. Ich weiß wohl, daß die Juristen die Einführung derartigen Maßregeln lebhaft bekämpfen werden, aber solche formelle juristische Bedenken müssen durchaus zurückstehen, wo es sich um die dringendsten wirtschaftlichen Interessen des Landes handelt.

Der kommissarische Vertreter des Finanzministeriums: In Bezug auf die Parzellierung von Domänen habe ich folgendes mitzutheilen: Es ist erstlich das Borwerk Uppertobagen im Kreise Greifswald veräußert. Dasselbe bestand aus 282 Hektaren und war bis Mitte des Jahres 1875 für 4010 Tblr. verpachtet. Es ist jetzt zerlegt: in 5 Bauernstellen zu je 26 Hektaren, in 10 Kossätenstellen zu je 13 Hektaren und in 20 Kleinbauernstellen. Bei dem Licitationstermine sind jedoch auf diese Kleinbauernstellen keine annehmbaren Gebote abgegeben worden. Es sind deshalb diese 20 Bauernstellen zu 5 zusammengelegt und nochmals aus-geboten worden, und da sind denn annehmbare Kaufgebote gemacht. Das Resultat des Verkaufs betrug auf dem Licitationstermin an Kaufgeld 213,870 Mark oder 71,290 Thaler. Für diesen Preis ist also der Kauf abgeschlossen; derselbe ist jedoch für den Fiskus keineswegs sehr günstig ausgefallen, wenn man erwägt, daß der frühere Pachtpreis 4000 Thaler betrug. Dazu sind nun den Käufern sehr erhebliche Erleichterungen in Bezug auf die Kaufbedingungen gewährt worden. Sie sind verpflichtet, 1/5 des Kaufgeldes vor der Uebergabe zu erlegen; so kann werden ihnen die übrigen 4/5 auf 5 Jahre und zwar zinsfrei gestundet und müssen endlich in den nächsten 5 Jahren abgetragen werden. Das zweite Domänenverwert, ebenfalls im Kreise Greifswald gelegen, bestand aus 252 Hektaren und war bisher für 2520 Thaler verpachtet. Aus demselben ist 1) ein Borwerk gebildet von 71 Hektaren, 2) drei Bauernstellen von je 28 Hektaren, 3) vier Kossätenstellen zu je 16 Hektaren und 4) neunzehn kleinere Bauernstellen. Auf dem Licitationstermin, der im Dezember vorigen Jahres stattfand, ist ein Gesamtkaufgeld von 60,842 Thaler erzielt und hierfür der Zuschlag erteilt worden. — Auf die Verwertung des Abg. Stengel habe ich zu erwidern, daß die angeführte Maßregel auf den Bestimmungen beruht, welche allgemein den Domänen-Pachtverträgen zu Grunde liegen. Darin heißt es in § 17: alle den Pachtgrundstücken obliegenden gewöhnlichen oder außergewöhnlichen Abgaben jeder Art und ohne Ausnahme, namentlich die Landes-, Provinzial-, Kreis-, Societäts-, öffentliche und Privat-Abgaben und Präsentationen ohne Unterschied, ob sie vor oder nach dem Abschluß des Pachtvertrages eingeführt sind, hat der Pächter aus eigenen Mitteln und ohne Vergütung zu tragen. — Nach dieser Bestimmung ist die Regierung verfahren, und es sind ihr auch von Seiten der Pächter direkt keinerlei Beschwerden zugegangen. (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

— Wie es im Reichstag zugeht. Die Berliner „Bosfische Zeitung“ schreibt:

„Aus der letzten Sitzung des Reichstags ist leider ein Vorfall nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen, der die weiteste Oeffentlichkeit in vollem Maße verdient. Es ist oft über den Aufzug beklagt worden, der in den parlamentarischen Verhandlungen, besonders des Reichstags, mit den sogenannten Schlussanträgen getrieben wird, und nicht selten ist ein leiser Zweifel an der unparteiischen Handhabung der Geschäftsführung bemerkbar geworden. Jetzt schreibt man dem „Frei. Journ.“ von hier: Gestatten Sie mir, nachträglich ein Wort zum Vorhinein zu berühren, das sich in der letzten Sitzung des Reichstags unmittelbar von Schluß der Session zutrug, im Momente peinliches Aufsehen erregte, demungeachtet aber in der Presse todtgeschwiegen wurde. Es handelte sich um die Frage zur Diskussion, ob der zum außerordentlichen Professor ernannte Abgeordnete von Cury sich einer Neuwahl zu unterziehen habe. Die Geschäfts-Ordnungs-Kommission hatte sich gegen die Nothwendigkeit einer Neuwahl entschieden, der Abg. Kroy diese Auffassung im Reichstag bekämpft und der Abg. Sneyd den Standpunkt der Kommission vertreten. Nach Sneyd erteilte Präsident v. Jordanbeck dem Abg. Dr. Bessler das Wort, und nachdem dieser darauf verzichtet hatte, bat der Abg. Dr. Banks, der sich schon vorher gemeldet hatte, mit vernehmlicher Stimme um das Wort. Da erklärte der Präsident, es sei ihm soeben ein Schlussantrag übergeben worden, und hierauf wurde der Schluß der Diskussion vom Hause angenommen. Durch dieses Vorgehen überrascht, erbat sich der Abg. Banks nähere Aufklärung, wie es gekommen, daß der Schlussantrag dem Hause nicht mitgeteilt worden sei, nachdem Bessler das Wort erhalten und darauf verzichtet habe. Die Antwort des Präsidenten lautete, der Schlussantrag sei ihm eben erst durch den Schrift-

föhre behändig worden. Wir wollen die Frage der geschäftsdordnungsmaßigkeit eines solchen Verfahrens nicht näher erörtern: so viel hat sich klar herausgestellt, daß das Bureau Schlußanträge auf Payer hat, um von denselben beliebig mit oder ohne Discretion Gebrauch zu machen. Die ziemlich laute Rufe: „Offenbare Parteilichkeit!“ scheinen nicht in alle Regionen des Saales gedrungen zu sein, wir hoffen aber trotzdem, daß sie nicht ohne günstige Wirkung für die Zukunft bleiben. Unter Simson's Präsidium ist Derartiges nicht vorgekommen (?), und die Erfahrung zeigt, wie berechtigt die Taktik der Fortschrittspartei war, als sie in der vorigen und vorvorigen Session nur mit dem äußersten Widerstreben, und nachdem Simson die Wiederwahl definitiv abgelehnt hatte, für Fordenbed als Nachfolger stimmte. Wer selbst so empfindlich ist wie dieser Präsident, der sollte sich hüten, die Empfindlichkeit seiner Kollegen unnötiger Weise auf die Probe zu stellen.“

So das fortschrittliche Organ. Wenn die Sozialdemokraten sich über dieselbe Praktiken beklagten, so wurde es todtschwiegen; jetzt, da zufällig ein Fortschrittler so traktiert worden ist, wie es gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Regel, schlägt man Lärm. Nun, wir werden gelegentlich mit unseren Erfahrungen aufwarten; einstweilen sei bemerkt, daß Vorbereitungen getroffen sind, diese Reichstagspraktiken in der nächsten Session zur Sprache zu bringen.

— Was die Liberalen unter Rede- und Meinungsfreiheit verstehen. Am 2. d. Monats hielten die Chemnitzer Liberalen eine „öffentliche Vereinsversammlung“ ab, zu der sie den bekannten Vaucredner, alias Frühlingserlebe Böll sich verschrieben hatten. Die schon tausendmal gehörten Tiraden des genannten Herrn von der Reichsherrlichkeit im Allgemeinen und der Bismarckgerlichkeit im Besonderen veranlaßten Bahleisch zu einer Erwiderung. Allein das paßte nicht in den Kram der Liberalen. Diese „gebildeten Leute“ erhoben, als die Ausführungen Bahleichs ihnen ungenügend zu werden begannen, ein solches Gebrüll, daß derselbe vor Ablauf der auf ein möglichst geringes Maß beschränkten Redezeit buchstäblich niedergeschrien wurde. Und der ehrenwerthe Herr Vorsitzende hatte dann noch die Stirn, der Versammlung „für die bewährte parlamentarische Würde“ zu danken! Man sieht, das Beispiel des Reichstags thut seine Wirkung. Die Herren Liberalen aber dürften bald finden, daß ihre parlamentarische Praxis nicht bloß unaufrichtig sondern auch — unpraktisch ist. — Inzwischen hat die Böll'sche Versammlung in Chemnitz bereits eine recht charakteristische Folge gehabt. Wir lesen darüber in der „Freien Presse“:

Herr Schott, Besitzer der mechanischen Webfabrik am Ziegelsteig, hatte die Versammlung auch besucht und erblickte unter den anwesenden Sozialdemokraten einen seiner Arbeiter. Diesem Arbeiter erklärte Herr Schott heute früh, daß er augenblicklich das Geschäft verlassen müsse, weil er beim Austritt Bahleichs geknallt habe. Einen Sozialdemokraten liette er nicht in seiner Fabrik, denn der insigiere das ganze Haus. — Der Arbeiter hatte natürlich auch keine Lust mehr, einem solchen liebenswürdigem Fabrikanten ferner seinen Arbeitsertrag zu Gute kommen zu lassen, und entfernte sich, gemahregelt wegen seiner politischen Ueberzeugung. — So läßt sich bequem gegen „Teufeln“ ankämpfen!

— Etwas für die Kulturkämpfer. In der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ ist Folgendes zu lesen: Am 9. d. M. veranstalteten die Banen von Gr. Stülrad eine Treibjagd. Um die Sache recht billig zu machen, wurde der Rector ersucht, seine Schulkinder als Treiber herzugeben. Dieser, dazu bereit, schickte diejenigen, die sich freiwillig meldeten, trotz der großen Kälte aus der Schule direkt zur Jagd. Während der Jagd wurde den Kindern in so überreicher Maße Branntwein verabfolgt, daß dieselben theils erkrankt, theils lärmend, mit Mühe gehen lönnend, zurückkehrten. Der Eine wurde nach Hause getragen, einen Andern nahm ein des Wegs kommender Schiltner auf; derselbe lag am Wege und waren ihm beide Hände erfroren. Seinen Eltern übergeben, gab er des Nachts seinen Geist auf.“

Ihr seid über solche namentlich Rohheit empört, Ihr Herren Kulturkämpfer? Was fällt Euch ein? Illustriert nicht die Parabel vom Wüdenfressen und Kameleverschluden! Werden die Kinder in unseren heutigen Volksschulen nicht systematisch zur Menschenjagd dreifert, und Ihr wollt unrecht finden, daß man sie einmal zur Thierjagd verwendet? Macht Euch nicht lächerlich, Ihr Herren.

— Wie die Arbeits-Statistik gefälscht wird, das zeigt nachstehende Correspondenz der „Frankfurter Hg.“ aus Bayern, d. d. 9. Februar.

Als wir Ihnen vor einiger Zeit berichteten, daß die vom Reichstanzleramte angeordneten Erhebungen bezüglich der Verhältnisse der in den Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Frauen in Bayern nicht in richtiger Weise gepflogen werden, wurde dieser Nachricht widersprochen. Wir haben nun genaue Nachforschungen in den bedeutendsten Fabriksstädten Bayerns anstellen lassen und halten unsere frühere Behauptung vollständig aufrecht, indem wir wiederholen, daß das aus Bayern eingehende Material vollkommen werthlos ist. Die Behörden übersenden nämlich ganz einfach den Arbeitgebern die Fragebogen und überlassen ihnen die Ausfüllung derselben, ohne die Richtigkeit der gemachten Angaben im Geringsten zu kontrollieren. Selbstverständlich enthalten die Angaben der Arbeitgeber nicht die geringste Bemerkung über ungünstige Einwirkungen auf die Gesundheitsverhältnisse der jugendlichen Arbeiter und der in den Fabriken beschäftigten Frauen. Einzelne Behörden glauben in ihrem Eifer sehr weit gegangen zu sein, wenn sie irgend einen Geistlichen oder einen Arzt über etwaige Wahrnehmungen in dieser Beziehung befragen. Von sorgfältigen Erhebungen zur Beurtheilung dieser so wichtigen Frage verlaunt an keinem Orte irgend Etwas.“

— Ein Zeugniß für den Communismus, wie es nicht deutlicher gebacht werden kann, hat Wilhelm von Humboldt, des großen Alexander von Humboldt kaum weniger großer Bruder, in folgenden Worten abgegeben:

„Der Mensch hält nie das so sehr für sein, was er besitzt, als das, was er thut, und der Arbeiter, welcher einen Garten besetzt, ist vielleicht in einem wahreren Sinne dessen Eigenthümer, als der müßige Schwelger, der ihn besitzt und genießt.“

Also der einzige rechtmäßige Besittel ist die Arbeit, und wer nicht arbeitet, d. h. gesellschaftlich nützlich arbeitet, hat kein Recht etwas zu besitzen. Was hier von dem Eigenthümer des Gartens gesagt wird, gilt natürlich mit gleicher Kraft von Fabrikanten, Grundbesitzern, kurz von allen Bourgeois und Kapitalisten, die

sämmtlich mehr besitzen, als sie selbst erarbeitet haben, und folglich besitzen, was ihnen nicht gehört.

— Der Pesthauch der wirtschaftlichen Korruption durchzieht die ganze Welt und läßt die Menschheit nicht zum Frieden gelangen. Wie in Europa so ist auch in Amerika der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Tagesordnung; Arbeitseinstellungen, Arbeitsausperrungen, Lohnreduktionen u. s. f. sind auch dort die Waffen, mit welchen dieser Kampf geführt wird. Bald sind die Arbeiter der angrenzende Theil, bald sind sie die Angegriffenen und, wie dies bei der dominirenden Stellung der Arbeitgeber nicht anders sein kann, in den meisten Fällen auch die Besiegten. So kommt der „Neuen Arbeiterzeitung“ in Newyork aus Pittsburg die Nachricht zu, daß in zwei der größten Eisenwerke die Arbeit wieder begonnen hat. Nach den dortigen Tagesblättern hat der Hunger die Arbeiter, welche seit Wochen nur von Hafermehl, Wasser und Brod gelebt, wieder zur Arbeit getrieben. In den Werken der Herren Burden sollen 1300 Mann und in den von Corning u. Co. dreihundert Mann die Arbeit zu den reducirten Löhnen wieder aufgenommen haben. Wahrscheinlich wird diese Niederlage den ganzen Ausstand brechen, da, wie es scheint, ein Theil der Hilfsarbeiter (Heizer und andere) die Plätze der Sieger eingenommen haben. Wenn dieser Ausstand gänzlich verloren gehen sollte, so ist dies zwar ein harter Schlag für die Eisenindustrie, aber es liegt die Möglichkeit vor, daß aus diesem Unglück ein großer Fortschritt entspringt, nämlich die Vereinigung sämtlicher Eisenarbeiter des Landes zu einigermächtigen Organisation! Schon werden Stimmen laut, welche darauf hinweisen, wie unzureichend, ja sogar schädlich für alle Arbeiter dieser Industrie die getrennte Organisation der einzelnen Branchen ist. Es bestehen nämlich vier Organisationen, deren Mitglieder in derselben Industrie in den meisten Fällen neben einander und unter dem gleichen Arbeitsherrn arbeiten.“ — Weiter sind in Massachusetts die Löhne in den Baumwollenspinnerieen um 10 Prozent reduziert worden. Die Nähmaschinen-Compagnie Singer in Newyork hat 1500 Arbeiter entlassen. Die Arbeiter in der Teppichfabrik von Heggings u. Comp. in Newyork haben nach langem Ausstand in eine Lohnreduktion von 5 Prozent willigen müssen. In dieser Weise berichtet die „Neue Arbeiterzeitung“ noch über eine ganze Reihe von Collisionen zwischen Arbeitern und Fabrikanten. Und diese Collisionen werden fortbauern und mit immer größerer Heftigkeit eintreten, so lange die kapitalistische Produktionsweise andauert, so lange ein winziger Bruchtheil der Gesellschaft die Arbeitskraft der Massen in seinem Sonderinteresse ausnützen kann, was freilich, wie so Manches schon, auch sein Ende nehmen wird.

— Aus Berlin wird uns berichtet: Am 1. Februar wurde hier eine Versammlung des Wahlvereins der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgelöst und ein Redner, Genosse Stäger, verhaftet. Als ob es sich darum handelte, einen bezugenen Fehler wieder gut zu machen, wurde Stäger, welcher nach Feststellung seiner Persönlichkeit sofort auf freien Fuß gesetzt worden war, am 5. Februar neuerdings verhaftet. — Weiter soll die schon am 5. August 1874 erlassene Verfügung, das Verbot der Versammlung des sogenannten Vereins der sozialdemokratischen Arbeiterpartei betreffend, in dem zum 16. Februar angeetzten Termin „vervollständigt“ werden. Angeklagt ist der Vertrauensmann, Schriftföhrer Heinsch, als Leiter und Ordner eines Vereins, der mit anderen Vereinen in Verbindung steht u. s. w. Die Anklageschrift bildet ein stattliches Heft von nicht weniger als 23 Folio-Seiten. Die bekannte 7. Deputation bildet das Richtercollegium. Wir glauben bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen zu dürfen, dem Schmutzgeist der heutigen Gesellschaft, Herrn Lessendorff, unsern aufrichtigen Dank auszusprechen für die Verdienste, die er sich um die Kräftigung und Ausbreitung der Sozialdemokratie in Berlin erworben hat. Also besten Dank, Herr Lessendorff! Agitieren Sie nur so fort!

Urtheile über die Unabhängigkeit der preussischen Richter.

(S. Note in Nr. 17, 3. Spalte, des „Volkshaat“.)

Haus der Abgeordneten, Sitzung vom 9. Februar 1886*.)

v. Fordenbed: In der Verfassung steht: es soll kein Geld ohne unsere Bewilligung ausgegeben werden, — seit vier Jahren wird das Geld des Landes ohne unsere Bewilligung ausgegeben; — in der Verfassung steht, daß die Minister verantwortlich sind und wegen Verletzung der Verfassung, des Verbrechens des Vertraths zur Auflage gezogen werden können. Was erklären die Minister? Ja, wir sind verantwortlich, aber nur Gott allein, wir sind also Menschen. Es steht ferner in der Verfassung: Wir Abgeordnete sind unverantwortlich und die Minister sind verantwortlich, und was antwortet uns der höchste Gerichtshof? Ihr Abgeordnete seid verantwortlich! Meine Herren, das ist das Zerbrochen einer Verfassung, welches dieses System dem preussischen Volke jetzt zu bieten magt. Und was haben wir in dieser Lage zu thun? M. H., einfach zu konstatieren, daß der Einbruch in die Verfassung, in das letzte Bollwerk der Verfassung geschehen ist, auszusprechen, daß wir ohne Geld, ohne Verfügung über Leute, ohne den Schutz unabhängiger Richter, diesem System entgegenzutreten wollen fort und fort, wie es unsere Pflicht ist, die uns das Land anverlezt.

Professor Rommisen: Es ist Heuchelei, wenn man spricht von der Heiligkeit des Rechts, wo das Recht täglich in einer Weise gebrochen wird, daß es unmöglich ist, nur an die bona fides der Richtenden, der Beschließenden in ihrer Mehrzahl zu glauben. Ich gebe allerdings zu, es kann einen einzelnen Mann, einen einzelnen Fürsten geben, der den Art. 84 bona fide in dem Sinne auslegt, daß eine Anklage der Abgeordneten dabei möglich ist. Aber wo das höchste Gericht des Landes in seiner Majorität einen solchen Beschluß faßt, welcher dem gesunden Menschenverstande, der einfachen Auffassung der Dinge, der auctoritas rerum perpetuo similiter judicatarum** in dieser Weise in's Gesicht schlägt, ist es nur möglich dadurch, daß unter den Richtern einzelne sind, die unter Beeinflussung stehen, die nicht nach dem Recht richten, sondern nach Gunst, und die das Recht nicht bloß unwillkürlich brechen, was Jedem begegnen kann, sondern willentlich.

Professor Gneist: Unsere ganze Staatsverwaltung in Preußen ist so gestaltet, daß sich noch immer jedes Staats-Hoheitsrecht handhaben läßt gegen das Gesetz und gegen die Verfassung, so lange sich unter vielen Personen nur eine kleine Zahl findet,

*) Anlässlich der geschwundenen Beträchtigung Zweiten's wegen eines im Landtag gehaltenen Rede.

***) Dem Vertrauen, daß die Rechtsprechung unparteilich und gegen Jeden unanwendbar die gleiche sei.

welche auf Pflicht und Gewissen verläßt: Was scheint es so nothwendig, recht oder angemessen. — (Nach einem Hinweis auf englische Vorläufer): Ein unverweifellicher Zuge und Zeitgenosse, der konservativste aller Lordkanzler, der Earl Clarendon, Schwiegervater Jacob II., sagt darüber die Wahrheit:

Diese Irthümer sind nicht dem Hofe zuzurechnen, sondern dem Geiste und der Ueberbiederfertigkeit der Juristen, die sich sorgfältiger hätten hüten sollen, ihren Beruf und ihre Collegen zu entwürdigen durch solche Dienste, welche beide sehr sehr dem Vorwurf ausgesetzt haben. Es ist nicht zu sagen, welchen Schaden und welches Unheil Keone und Staat erlitten durch den verdienten Tadel und die Insaemie, welche die Richter traf, die sich in diesen und ähnlichen Akten der Gewalt brauchen ließen.

Meine Herren! Ich könnte das selbst sagen! Sie werden aber zugestehen, daß in dem Munde eines Lordkanzlers Clarendon diese Worte mehr bedeuten, als in meinem Munde.

(Gneist führt nun weitläufig aus, wie auf die Richter eingewirkt worden ist, und sagt dann):

In der That hat die eindringliche Fragestellung Erfolg gehabt. Der General-Staatsanwalt hat sich eines Besseren belehrt, die Richter und Hilfsarbeiter haben sich einer besseren, so oft und von solcher Seite empfohlenen besseren Interpretation insofern beflüßigt, daß ein Mehrheitsbeschluß zu Stande gebracht ist. . . . Ich habe es stets ausgesprochen, daß kein Fortschritt unserer Justiz den Rechtschaden jemals gutmachen kann, daß diese Auflösung der Gerichte in kleine, unter dem Einfluß der zeitigen Verwaltung ernannte Commissionen ein sehr schlimmes Ende mit Schimpf und Schande nehmen müsse.

Kommissionen, die unter der falschen Firma von Collegien erkennen, haben selbst ein Gefühl der Unwahrheit in sich, denn sie wissen, daß die politische Jurisdiction in diesem Lande gelebt wird durch Vertrauenscommissionen der jetzigen Staatsminister! . . . Das weiß jeder Mensch, daß so lange die menschliche Natur sich treu bleibt, unter 4000 Richtern und Hilfsrichtern, die dem Hrn. Justizminister unmittelbar und mittelbar zu Gebote stehen, einmal drei, und einmal fünf, und einmal sieben Commissarien zu finden sind, die uns verurtheilen. Wenn man drei Männer aus einer solchen Zahl heranzieht, drei Männer, denen gegenüber man der Vertrauensgeber, oft der Wohlthäter ist, da entspricht es der menschlichen Natur, daß ein in die Person so gesetztes Vertrauen selten getäuscht wird! —

Abgeordneter Kaungießer: Der Herr Justizminister sprach es als seine Tendenz bei Besetzung des höchsten Gerichtshofes des Landes aus: lediglich charakterfeste Männer zu wählen, die der öffentlichen Meinung Widerstand zu leisten im Stande wären! Nun, meine Herren, wir haben diese Aeußerung verstanden und das Land hat sie verstanden. Es hat sich in uns wie im Lande, die Ueberzeugung befestigt, daß das Ober-Tribunal den Anhängern unserer Partei verschlossen ist, und sich nur solchen Männern öffnet, welche veranlaßt ihrer Traditionen, ihrer ganzen Lebensrichtung und ihrer politischen Stellung den Grund-Anschauungen und den Grundsätzen des modernen Staats- und Verfassungslebens fern stehen. — Wenn die preussische Justiz den Art. 84 mit seiner unbeschränkten Redefreiheit aus der Verfassung herausinterpretirt, dann hat das Königthum in Preußen eine Schlacht verloren; denn es wankt der Glaube des Volkes an die Herrschaft und die Heiligkeit des Rechts!

Stadigerichtsrath Twesken: Wenn der Regierung daran gelegen ist, daß von einer langen Praxis, von einer feststehenden Auslegung der Gesetze abgegangen und eine neue Interpretation an die Stelle gesetzt werde, dann werden neue Möglichkeiten aufgestellt, es wird über Unzuträglichkeiten, Ungeheuerlichkeiten geklagt, die Nothwendigkeit einer anderen Eintheilung argirt, Gesichtspunkte aller Art werden geltend gemacht, Staatsanwälte, Präsidanten sprechen mit Einzelnen unher, die Stimmung wird gemacht. Von dem Präsidenten des Ober-Tribunals, v. Schlichtmann, wird gesagt, daß er schon in der Zeit, als er noch Vice-Präsident des Ober-Landesgerichtes in Rautenburg war, sehr wohl verstand, auf die erkennenden Richter einzuwirken. Ein Fall derart ist gerichtlich konstatiert worden. — Meine Herren! Nicht alle Richter antworten in solchen Fällen, wie der Präsident Lequier auf die rechtswidrigen Zusätzungen des Restaurations-Ministers Bethmann: „La cour rend des arrêts et non pas des services!“ Sie leisten Dienste, das wiederholt sich zu allen Zeiten. Freilich könnte sich die rechtsverachtende Gewalt nicht am Ruder erhalten, wenn sich ihr nicht die servile Ehrlosigkeit zur Verfügung stellte.

Der Herr Minister-Präsident (Bismarck) rief uns in diesem Saale zu: „Verlagen können wir Sie nicht, — im Herrenhause sagte er: „Wir werden es versuchen.“ Nun, es ist versucht und es ist gelungen. Die Richter des Kriminal-Senats für die ostpreussischen Provinzen stimmten die Mitglieder des rheinischen Senats nieder, aber es mußte noch eine Majorität beschafft werden. Der Präsident Ullhen sandte noch zwei zuverlässige Hilfsarbeiter in den Kriminal-Senat und nun war die Majorität von einer Stimme gewonnen!

Die Herren Minister können in der That triumphieren über ihre Erfolge, aber mögen Sie Ihre Richter mit allen Orden des preussischen Staats behängen, Ihre Steuern decken die Wunden nicht, welche diese Männer ihrer Ehre vor der Mit- und Nachwelt geschlagen haben, leider aber nicht bloß ihrer Ehre, sondern auch der Ehre ihres Vaterlandes.

Rediger Richter: Was die Revolution von unten nicht gewollt und nicht gethan hat, nämlich die Rechtspflege zu erschüttern, das ist jetzt eingetreten, und darum können wir nicht die Augen verschließen. Es steht leider sehr übel mit dem was uns so oft vorgehalten wird, mit der Selbstständigkeit unserer Richter. Ich will Ihnen nicht einen Präsidenten des Ober-Tribunals nennen, aber doch einen Chespräsidenten eines anderen Tribunals; — er schloß im vorigen Jahre seine klagende Rede über die Angriffe unserer Collegen Twesken mit dem Wahlspruch: „Wie er länger als 50 Jahre bisher gethan habe, so wolle er auch weiter thun, nämlich eine unparteiliche, Gott und Sr. Majestät wohlgefällige Justiz zu administrieren. M. H. Sehen Sie nicht den furchtbaren Widerspruch in den beiden Worten? Was ist denn Gott wohlgefällig? Ohne Ansehen der Person! Und wenn es heißt: „wohlgefällig Sr. Majestät“, ist denn das eine Justiz, die als selbstständig in unserer Verfassung hingestellt wird? Von wohlgefällig ist weder in der Verfassung, noch in der Ordnung Gottes etwas zu lesen! Und wenn solche Sprüche als Wahlsprüche der höchsten Gerichtsbeamten ausgesprochen werden, dürfen Sie sich dann wundern, daß Zweifel und ernste Erwägungen über die Unabhängigkeit der Richter, namentlich der in

*) Der Gerichtshof ist da, um Urtheile zu fällen, nicht um Dienste zu leisten (Kaiserdienste zu verrichten).

den höheren Regionen geholt werden? Es ist das früher ein öffentliches Geheimnis gewesen, jetzt ist es ein lautes geworden!

Schulze-Delitzsch: Weiter wird auch durch das Vorschreiten des königlichen Staatsministeriums die richterliche Gewalt, indem man sie zur offensibaren Mithilfe bei den in Frage stehenden Verfassungsvorlesungen heranzieht, auf das Schwere in ihrer Stellung compromittirt. Mit den Verwaltungsbeamten hat es begonnen, bei den Verwaltungsbeamten war es die Purifikation, mit der man die Sache angriff. Die widerwilligen Werkzeuge wurden entlassen. Bei der Justiz geht das nicht, mit der Purifikation kommt man nicht fort, man muß vielmehr den entgegengesetzten Act anwenden um hier Einfluß zu erlangen. Man entläßt nicht Widerwillige, die sich nicht dienstlich in dieser Beziehung erweisen dem Ansinnen der Minister gegenüber, sondern man zieht Dienstwillige hinzu. Hier werden wir erleben, daß ganz besondere Probestücke in passenden Fällen abgelegt werden müssen, vermöge welcher man solcher Probe- und Hilfsarbeiter für alle Zeiten sicher sein kann, weil eine Umkehr, wenn man einmal derartige Dienste geleistet hat, für immer unmöglich ist.

Vize-Präsident Simson: Ich habe die Ueberzeugung ausgesprochen, daß es auf dem Wege, den die königliche Regierung geglaubt hat, betreten zu müssen, kein Anhalten giebt; daß mit dieser Art der Regierung schlechterdings unverträglich ist, was der Freiheit auch nur entfernt ähnlich sieht. Die Herren können nicht regieren mit einer freien Presse; sie können nicht regieren ohne Einfluß auf die Zusammensetzung der Gerichte, und sollte dadurch das Ansehen der Justiz im Lande untergraben werden; sie können nicht regieren, ohne Einfluß auf die Wahlen, und sollte dadurch ein scheinbares Resultat gewonnen werden, wodurch das Gegenheil von dem ausgesprochen wird, was wirklich in dem Herzen der Nation lebt, — sie können nicht regieren mit einer freien Communal-Verwaltung, sie können schließlich auch nicht regieren mit einem Hause, in welchem unbedingte Redefreiheit herrscht.

Autobesitzer Frenzel: Wenn ich und mein Colleague Twesten verurtheilt werden, so ist ein Verbrechen dann gegen mich und den Abgeordneten Twesten begangen; es ist ein Verbrechen, wie es vor mehr als 200 Jahren gegen die beiden englischen Abgeordneten begangen ist, und ich kann nur wie jener Engländer sagen:

„Es haben sich verbunden die Räte der Krone, die Staatsanwälte und leider auch die Richter, um meine individuelle Freiheit und die Freiheit meines Collegen Twesten zu unterdrücken und zu unterdrücken die Freiheit und die Rechte dieses Hauses und des preussischen Volkes.“

Gneist (persönlich): Der Abgeordnete für Ratibor hat mich so verstanden, ich hätte nur Vorwürfe gegen die Einrichtungen erhoben, nicht gegen die Personen. Ich halte es für notwendig, darüber keinen Zweifel zu lassen, daß ich diese Hergänge und Beschlässe nicht als ein bloßes Produkt von Einrichtungen und Zufällen ansehe. Ich bin vielmehr der Meinung, daß in dieser ganzen Kette von Handlungen eine Reihe von Verletzungen der persönlichen Pflichten von Justizbeamten stattgefunden hat. Aber ich muß den Vorwurf gegen die Personen in zweite Linie stellen. So weit diese Entschuldigung nicht ausreicht, erhebe ich laut und ausdrücklich den Vorwurf der Pflichtwidrigkeit gegen die Personen!

Auch von conservativer Seite sind ähnliche Urtheile über die Richter gefällt worden. So sagte Herr v. Below im preussischen Herrenhause, Sitzung vom 18. November 1868:

„Auf politischem Gebiete existirt die Unparteilichkeit des preussischen Richterstandes nicht mehr.“

Was die Achtung vor den Richtersprüchen anbelangt, so verdient die Rede des Ministers des Innern, Grafen Calenbarg, citirt zu werden, welche er bei Gelegenheit der Debatte über das Keller Denkmal hielt — ich glaube es war 1868 —; härtere Mißachtung eines Richterspruches ist wohl nie öffentlich ausgesprochen worden.

Innere Partei-Angelegenheiten.

Den Parteigenossen hiermit zur Nachricht, daß Anton Kierkeiner, Schuhmacher aus Stettin, zuletzt in Coburg, und M. Schulze aus Rudolstadt aus der Partei ausgeschieden sind.

Der Partei haben sich neu angeschlossen: Rensdorf a. d. S., Vertrauensmann: E. Pfalzgraff; Tübingen i. W., Vertrauensmann: Schaner mann.

Als Vertrauensmänner wurden weiter dem Ausschuss vorgeschlagen und sind von diesem nebst Revisoren bestätigt: Cannstadt: G. Buchardt; Dresden: H. Träger. Hamburg, den 11. Februar 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Der Ausschuss
J. A.:
3. Auer, Breitestr. 39.

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Gießen, 10. Februar. Abrechnung der Gewerkschaft für das 4. Quartal 1874: Bestand vom 3. Quartal Thlr. 414. 6. 2. Einnahme: Nürnberg 3. Quartal 11. 16. —, Götting 3. Du. 2. 13. 9., Pforzheim 3. Du. 1. 24. 5., Barmen 3. Du. —, 27. 1., Ebersfeld 3. Du. —, 26. 6., Augsburg 3. Du. 9. 11. 1., Schw.-Gmünd 3. Du. 2. 27. 5., Rinsen 10. 26. 2., Stade 4. Du. 11. 24. 7., Constanz 4. Du. 4. 12. 3., Barmen 4. Du. 1. 29. 2., Landshut 4. Du. 6. 8. 7., Erfurt 3. u. 4. Du. 1. 7. 6., Leipzig 4. Du. 9. 20. 3., Augsburg 4. Du. 6. 19. 5., Ebersfeld 4. Du. —, 24. 6., Chemnitz 4. Du. 1. 14. 4., Schw.-Gmünd 4. Du. 2. 10. 6., Halle a. S. 4. Du. 6. 12. 6., Bayreuth 4. Du. —, 27. —, Berlin 4. Du. 3. —, Braunschweig 4. Du. 20. 7. 6., Wiesbaden 4. Du. 2. 11. 4., Gießen 4. Du. 4. 14. —. Summa Thlr. 539. 2. —. Ausgabe: 500 Formulare für statistische Berichte 4. 10. —, 500 Dittungsbücher 21. 15. —, Porto-Auslagen 1. 24. —. Summa Thlr. 27. 19. —. Bleibt Kasseebestand Thlr. 511. 13. —. oder Mark 1534. 30. Hierzu noch ein Bestand vom Strifeufonds im Betrage von Thlr. 56. 7. 9. oder Mark 168. 77. ergibt einen Bestand der Gewerkschaftskasse von Mark 1708. 7.

Abrechnung der Krankenkasse für das 4. Quartal 1874: Bestand vom 3. Quartal Thlr. 101. 29. 11. Einnahme: Pforzheim 3. Du. 1. 5. 7., Ebersfeld 3. Du. 1. 9. 6., Nürnberg 3. Du. 16. 17. —, Würzburg 3. Du. 2. 9. —, Bayreuth 3. Du. 7. 8. 1., Stade 4. Du. 3. 0. 8., Constanz 4. Du. 1. 14. 4.,

Barmen 4. Du. 1. —, 4., Landshut 4. Du. 7. 15. 8., Erfurt 3. u. 4. Du. 3. 12. 4., Leipzig 4. Du. 10. 3. —, Ebersfeld 4. Du. 1. —, 8., Chemnitz 4. Du. 2. —, 11., Halle a. S. 4. Du. 4. 11. 7., Bayreuth 4. Du. 1. 20. 1., Schw.-Gmünd 4. Du. 2. 24. 6., Berlin 4. Du. 1. 27. —, Braunschweig 4. Du. 22. —, 4., Wiesbaden 4. Du. 3. 6. 6., Gießen 4. Du. —, 19. 4. Summa Thlr. 202. 6. 4. Ausgabe: Zuschuß nach Barmen 11. 2. 11., Zuschuß nach Gießen 12. —, —, Porto-Ausgaben —, 2. 6. Summa Thlr. 23. 5. 5. Bleibt Bestand Thlr. 179. —, 11. oder Mark 537. 9.

Wie ersichtlich, fehlen noch mehrere Mitgliedschaften in der Abrechnung, trotzdem wir mit dem Abschluß beinahe einen Monat länger gewartet haben, als statutenmäßig richtig. Wir fordern daher auf, fernerhin strengstens an der Zeit festzuhalten. Dann machen wir diejenigen Mitgliedschaften, welche noch nicht im Besitz des Anhangs zum Statut des Krankenunterstützungs-Bundes sind, darauf aufmerksam, den Bedarf uns anzugeben.

Mit Gruß und Handschlag
Der Ausschuss. J. A.: B. Klerx.

Correspondenzen.

Chemnitz, 22. Januar. Öffentliche Versammlung des städtischen Vereins. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die letzten Stadtordegnenwahlen. 2. Die derzeitigen Wohnungsverhältnisse in Chemnitz. 3. Besprechung über die Ausführung der vorant gemordenen städtischen Abzugskanäle. (Sachverständige sind freundlichst eingeladen, sich an den zu pflegenden Debatten zu beteiligen.) Zum ersten Punkte ergriff Herr Bahlreich als Referent das Wort. Er erklärte, die Erfahrung habe gezeigt, daß fast kein Arbeiter, und daß sehr wenige Kleinmeister von dem nach der neuen Städteordnung ihnen bedingungsweise zustehenden Rechte, Bürger zu werden, Gebrauch gemacht haben. Theils sei das zurückzuführen auf den Umstand, daß das mit Geldlosten zu errichtende Bürgerrecht den neuen Bürgern gar keinen Vortheil weiter gewähre, als eben nur die Berechtigung, ihre Stimmen bei den städtischen Wahlen abgeben zu dürfen. Andererseits habe auch der Chemnitzer Stadtrat durch eine eigenhümliche Taktik die zum Bürgerwerden berechtigten theilweise abgesehrt. Es habe f. B. im „Chemnitzer Tageblatt“ gestanden, die Kosten dieses Alles betrügen ca. 3 Thlr. Wegen dieses Vorgehens interpellirt, habe er vornehm geschwiegen, schließlich aber doch nur 1 Thlr. 5 Ngr. Kosten erhoben. Mancher, dem die 3 Thaler zu viel waren, hätte wohl 1 Thlr. 5 Ngr. bezahlt. Redner giebt nun ausführlich eine Geschichte des städtischen Vereins, seiner Entstehung und seiner Wirksamkeit und seines Erfolges und fährt dann fort: Hoffnungen auf einen Sieg bei diesen Wahlen habe sich der städtische Verein nicht gemacht, dennoch sei ein so nächliches Resultat bei denselben nicht erwartet worden. Es habe sich gezeigt, daß Indifferentismus und Unverstand noch im Kleinbürgerthum in hohem Grade vorhanden seien; es bedürfe einer schweren Arbeit, diesen Indifferentismus zu besiegen, daher müsse aber auch der städtische Verein ferner rüstig auf dem Plage sein, dürfe sich nicht durch den ersten Mißerfolg abschrecken lassen und die Klute in's Korn werfen, sondern durch die Niederlage müsse der Muth, oder wenn man wolle, der Trost wachsen. Redner forderte schließlich die Anwesenden, soweit sie dem Verein bisher fern gestanden, zum Eintritt in denselben auf. — Hierauf meldete sich Herr Roth zum Wort, welcher sich als Vertreter derjenigen Richtung vorstellte, welche der von dem Vorredner vertretenen direkt gegenüberstehe. Er betonte, wenn man sage, der städtische Verein sei nicht sozialdemokratischer Färbung, so möge das formell richtig sein, thassächlich werde der Verein aber doch von sozialistischer Seite beeinflusst. Es sei ferner nicht richtig, daß die Liste des Vereins der Liberalen nur das rothbürgerthum repräsentirt habe; der Kleinbürgerstand sei daraus ebenfalls vertreten gewesen. Hierauf sucht der Redner das Vorgehen der liberalen Partei im Allgemeinen zu rechtfertigen, die er als eine Partei bezeichnet, welche im großen Ganzen stets den zeitgemäßen Fortschritt anstrebe. Auch die neue Städteordnung sei eine Reform. Auf die Sozialdemokratie kommend, meinte der Redner, er sehe mit Bedauern, daß sie ihre wirtschaftlichen Ziele mehr und mehr außer Acht lasse, und hauptsächlich auf Erreichung politischer Macht hinarbeite. Die Liberalen, fährt der Redner fort, haben keine Furcht vor der Sozialdemokratie, sie befürchten nur, daß ihre Ideen mehr Platz greifen und halten sich für berufen, die Gesellschaft vor dieser abschüssigen Bahn zu wahren. Was solle denn werden, wenn man eines schönen Tages nach sozialdemokratischer Manier den ganzen Besitz an die Luft setze. Wieder auf das Thema der Tagesordnung zurückkommend, erklärte zum Schluß der Redner: zu Städteverordneten seien vorzugsweise nur diejenigen befähigt, welche mit den materiellen Interessen der Stadt verachsen sind. — Nachdem Herr Roth gesprochen, emserete er sich sofort aus der Versammlung. Herr Hofmann, welcher „quasi“ Vertreter des liberalen Wahlvereins ist, ergriff hierauf das Wort, und suchte das Vorgehen dieses Vereins zu rechtfertigen, indem er gleichzeitig erklärte, daß er mit dem intoleranten Vorgehen desselben gar nicht zufrieden gewesen und sich nur der Majorität gefügt habe, welche keinen sozialdemokratischen Candidaten auf der Liste geduldet. Die Hoffnungen Bahlreichs auf den Kleinbürgerstand, fuhr der Redner fort, seien illusorisch, denn dieser Stand werde weder sozialdemokratisch noch nationalliberal werden, sondern den Mittelweg gehen. Dieser Mittelweg sei der liberale Wahlverein. Nachdem Herr Köhler noch gesprochen und einige Fragen an den Vorredner gerichtet, wurde die Debatte geschlossen und Herr Bahlreich nahm das Schlusswort, in welchem er sowohl Herrn Roth als auch Herrn Hofmann eine angemessene Abfertigung zu Theil werden ließ. — Chemnitzer Freie Presse.

Stollberg, 4. Febr. In Nr. 11 des „Stollberger Anzeigers“ vom 26. Januar hatte ein gewisser Jemand das Bedürfnis geäußert, seine Ansichten über die sächsischen Arbeiter und Arbeitgeber auszusprechen. Wäre das Produkt nicht allzu geistlos, so würden wir uns Mühe geben, dasselbe eingehend zu kritisiren, und so wolten wir uns nur auf die nothwendigsten Bemerkungen beschränken. Das ganze Ding duftet nach der Medizin des Harmonie doktor Max Girsch, wie wir beweisen wollen. Sowie der Meister, urtheilt auch sein Schüler. Gehört nicht eine große Portion Dreistigkeit dazu, zu sagen: „Bon einem wirklichen Nothstand ist zwar in Sachsen unfres Wissen nichts zu haben.“ Also nirgends! In welchem Theile unfres Sachtens leben denn Sie? Herr Siebenge scheit? Ist Ihnen kein wirklicher Nothstand bekannt, so besuchen Sie nur einmal unser Erzgebirge. Wir wollen Ihnen nöthigenfalls die Brille puzen, damit Sie ihn doch wirklich sehen können. Kommen Sie einmal in unfre Hütten, wenn unser Stahl stampft, daß das alte morische Gebäude zittert und bis in alle Fragen erbebt, und sehen Sie zu, wie wir mit unsern Weibern und Kindern arbeiten müssen bis spät in die Nacht, nur um unsern Unterhalt zu beschwingen. Was ist denn in Ihren Augen wirklicher

Nothstand? Etwas dies, wenn wir vor Hunger und Elend niederfallen, um nicht mehr aufzustehen? Und wenn Sie vom Arbeiter sagen: „Er hat in den Tagen des reichlichen Erwerbs zuviel verbraucht“, das setzt doch Ihrer Dummheit die Krone auf. Wann hatten wir denn schon reichlichen Erwerb? Als das Geschäft strotzte, mußten wir Tag und Nacht arbeiten, und für wenig? für Ihre Gleichheit. Euch stößt der reichliche Erwerb mißhelos zu, und viel Arbeit, schlaflose Nächte und einige Groschen mehr, die für mehr Licht, Feuerung und wenn es hoch kam, noch eine Mahlzeit daraufgingen. Jetzt müssen wir, wollen wir leben, trotz der Kräfte eben so viel arbeiten, für weniger Geld. Sie finden das ganz in der Ordnung, denn wir hätten in der Zeit des reichlichen Erwerbs „sparen“ sollen.

Doch Sie sind auch großherzig, Sie gönnen uns das mehr „verbraucht“ und „verthan“. Sie sehen hinzu: „das war unsern Arbeitern sehr zu gönnen, denn sie hatten meist lange Zeit nur zu kärglich leben müssen.“ Das ist köstlich! Sie bringen es fertig, uns in einem Athem vorzuschwindeln: bei uns giebt's keinen „wirklichen Nothstand“, und dann haben wir meist lange Zeit „nur zu kärglich leben müssen“. Erst gönnen Sie uns das mehr „verbrauchen“, dann haben wir Ihnen wieder zu viel „verthan“. Sie Prachtker! Ja wir mühten und müssen noch zu kärglich leben. Wenn Sie und Ihre Gleichen im warmen Zimmer sitzen, und sich behaglich auf die Polster strecken, sitzen wir gebeugt hinter dem Webstuhl, in kalter Stube, oder arbeiten tief dranten im Schacht, vom Tod umringt. Unsere Weiber köppeln, Eure Töchter spielen, Eure Kinder spielen, unsere spulen oder striden Stämpfe, die die drallen Waden Eurer Weiber, Töchter und S. . . . umschließen. Wenn Ihr Esch bei Festessen gütlich thut, und vom Wein berauscht, auf den Untergang der Sozialdemokraten toastet, schälen wir unsern Beuten aus den Kartoffeln heraus und trinken Eichorienbrühe oder miserables Bier dazu. Pfeift uns der Wind durch die dünnen Kleider und peitscht uns die Haare ins Gesicht, so küßt Ihr Euch in kostbare Pelze, und bezogenet Ihr uns, wenn wir frösteln an den Häusern hinhuschen, so wundert Ihr Euch noch, daß wir dummen Kerle kieren! Als Lächer Harmonie-Apostel verländet unser Ungenannter auch den Besitzenden, sie seien an den Mißständen auch mit Schuld. Nachdem er eine Weile vom „Nüchtern der Sozialdemokratie“ gefaselt, fordert er die Freunde des Reichs und der beschiedenen Gesellschaft auf, in der Bekämpfung gegen uns nicht lässig zu werden, und schreibt weiter: „Gerade jetzt muß es die Aufgabe aller Gutgesinnten sein (wer sind Die?), Deneu, welche das Volk irr föhren (sind das nicht Ihr Gutgesinnten?), überall, wo sich die Gelegenheiten bieten (sie bietet sich alle Tage), offen entgegenzutreten (namentlich in obskuren Winkelblättern), ihren Wahrheitsentstellungen mit Thatsachen zu bezeugen (el, el), ihre falschen Behauptungen mit Gründen zu widerlegen (nur zu!), nicht müder aber auch zur Förderung der geistigen (!!) und namentlich der sittlichen Bildung des Arbeiterstandes nach Kräften beizutragen (wohl dadurch, daß Ihr die Volksverderbnung systematisch betreibt, und unsere Töchter Euren Küsten fröhnen müssen? Siehe Joh. Scherr: „Ein Gang durch eine Fabrik“), ganz besonders durch das Beispiel einer pflichtstrengeu, mäßigen (Kustern und Champagner!) und humanen Lebensführung (dazu gehört das Darfeigen von Arbeiterinnen), welches die höher gebildeten Klassen (durch Leipziger Carnevalszyklen) den unteren geben. Genug davon, diese Blumenlese mag genügen. Wie wir hörten, soll Dr. Hans Blum der Verfasser sein, ob es wahr ist, lassen wir dahingestellt. Wenn Hänchen es ist, so wundert es uns nur, wena er nicht selbst thut, was er allen Gutgesinnten empfiehlt. Dazu fehlt es aber wohl an Courage oder dem nöthigen Verstand. Will Hänchen warten bis es Hans geworden ist, d. h. bis Hänchen gekleidet wird — und dazu wird es wohl, wenn er wirklich jenen Artikel geschrieben, nie mit ihm kommen — dann können unsere Agitatoren lange warten, bis sich ihnen ein solcher Don Quixote gegenüberstellt.

Der Artikel „Die sächsischen Arbeiter und Arbeitgeber“ gab uns auch Beranlassung, den Verfasser, wir — vermaheten einen Stollberger Reichsfreund dahinter — zu dem am 2. Februar stattgefundenen Volksversammlung öffentlich durch Annoncen und Plakate einzuladen. Als Referent erschien unser Parteigenosse R. Wiemer aus Magdeburg, der vor der aus 300 Personen besuchten Versammlung „über die berechtigten Forderungen der Arbeiter“ referirte. Redner entwickelte in allgemein verständlicher Weise unser Programm und führte aus, daß darin die Forderungen der Arbeiter enthalten seien und wenn das, was er entwickelte, Irrelehren enthalte, so mühte es leicht sein, ihn zu widerlegen. Der Vorlesende forderte vergeblich auf, dem Redner zu entgegenen, und ließen sich die Gutgesinnten auch diese Gelegenheit wieder entwickeln. Wiemer ging nun auf den genannten Artikel ein, und leitete denselben mit heißem Spott. Er warnte die Arbeiter, durch solche Artikel sich täuschen zu lassen, und forderte sie auf, wenn sie sich Klarheit über soziale und politische Fragen verschaffen wollten, dies durch Lesen sozialistischer Zeitungen und Schriften zu thun, und sich zu organisiren um sich Geltung zu verschaffen.

Ersichtlich war es, daß während des über drei Stunden dauernden Vortrages die größte Ruhe herrschte, und der Redner nur durch Beifallsbezeugungen unterbrochen wurde. Nicht ein Mann hatte sich während der Versammlung entfernt; daran trägt nur „der Rückgang der Sozialdemokratie“ die Schuld.

Wilkau, 31. Jan. Die am 31. Januar in Wilkau tagende Mitgliederversammlung der Gruben- und Tagearbeiter-Genossenschaft war sehr schwach besucht, so daß nur der vierte Theil der in Wilkau und Catsdorf wohnenden Mitglieder obengenannter Genossenschaft anwesend war. Eintheils mochten Manche es nicht gewohnt haben, daß Versammlung war, andertheils giebt es auch Viele, die sich erstrecken, die Genossenschaft als Schwindel hinzustellen, ob aus Dummheit und Unwissenheit, wollen wir dahingestellt sein lassen. Es wird Aufgabe des Ausschusses (der Genossenschaft) sein, Zweck und Nutzen, sowie das Hauptgeschäft: des Genossenschaftszweckes den Mitgliedern zu erläutern, sei es in Vorträgen, sei es in der Presse. Aber auch die Mitglieder mögen sich allereorts selbst öfters zusammenschauen, um über die Genossenschaft und deren Ziel als einzutragene Genossenschaft sich richtig klar zu werden. Man glaube ja nicht, daß der Vorsitzende oder Cassirer eigenmächtig handeln darf und kann, oder daß man die Sache so leicht behandeln dürfe. Der Vorsitzende ist vor Gericht für alle Handlungen des Ausschusses verantwortlich, welche in Bezug der Genossenschaft ausgeführt werden. Man ist auch vorsichtig genug gewesen, in der im Mai 1874 stattgefundenen Generalversammlung einen Mann als Hauptcassirer zu wählen, der ansässig und dem weitaus größten Theile der Arbeiter schon Jahre lang als activ und zuverlässig bekannt ist. Sollte jedoch mit Wissen die Genossenschaft verdrängt werden, so nenne man Diejenigen, die es thun, und man wird dieselben vor Gericht bedenken, was eine eingetragene Genossenschaft ist u. s. w. Vor Allen mögen die Mitglieder sich schon jetzt besprechen, was für

etwaige Aenderungen an dem Statut vorzunehmen sind; im Monat Mai oder Juni findet die statutengemäße Generalversammlung statt, und bis dahin muß gearbeitet werden, rüstig und unverdrossen.

Der in und für Willkau-Gainsdorf gewählte Localcassirer ist Christian Heinrich Taubert, wohnhaft in Trögers Haus, 2 Treppen hoch, Nr. 66, Neuwilkau. Derselbe nimmt auch außerhalb des Steuertags Beiträge (Steuern) entgegen, und zwar am Abend von 6-8 Uhr, sowie am Sonntag von 3-4 Uhr. Der Steuertag ist, wie das Statut befragt, jeden Sonntag nach dem 24. eines jeden Monats. Das Lokal, wo die Steuern an dem bestimmten Sonntag entgegengenommen werden, ist bei Carl Dietrich, Restaurateur, Nr. 46 in Oberwilkau, neben dem Müller'schen Gasthofe. Wir überlassen es dem Gesamtausschuß der Genossenschaft, die angeordneten Punkte näher zu beleuchten, und geben uns der Hoffnung hin, daß man etwas eifriger wird in der Sache. Eine Unterstützungskasse für Krankheits-, Unglücksfälle und für invalid gewordene Genossen soll und muß erstrebt werden. Darum sei Jeder auf dem Posten!

(Erimmiltshauer Bürger u. Bauernfreund.)
Zwickau. Bei der Sonntag, den 7. Februar abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Agitations-Comités, zu welcher die Parteigenossen der Umgegend eingeladen waren, wurde nachstehender Versammlungskalender aufgestellt: Sonnabend, den 13. Februar in Zwickau; Sonntag, den 14. Februar Nachmittags in Schönfeld; Sonntag, den 14. Februar Abends in Marienthal; Sonnabend, den 20. Februar Abends in Willkau; Sonntag, den 21. Februar Nachmittags in Rottmannsdorf; Sonntag, den 21. Febr. Abends in Ceinsdorf; Sonnabend, den 27. Februar Abends in Schedewitz; Sonntag, den 28. Februar Nachmittags in Ebelbrunn; Sonntag, den 28. Februar Abends in Planitz; Sonnabend, den 6. März Abends in Wildensfeld; Sonntag, den 7. März Nachmittags in Friedrichsgrün; Sonntag, den 7. März Abends in Reinsdorf; Sonnabend, den 13. März Abends in Stenn; Sonntag, den 14. März Nachmittags in Auerbach; Sonntag, den 14. März Abends in Clossen oder Mosel.

In diesen Versammlungen wird, wo es möglich ist, der Reichstagsabgeordnete Rottler über „die Thätigkeit des Reichstags“ referiren. Da die oben genannten Ortschaften nicht alle vertreten waren, woran das schlechte Wetter wohl hauptsächlich schuld war, so ersuchen wir alle Parteigenossen genannter Orte, so schnell als möglich die nöthigen Schritte zu thun, damit die Versammlungen an den festgesetzten Tagen abgehalten werden können. Also Parteigenossen, thut Eure Pflicht; jede weitere Auslastung ertheilt der Unterzeichnete und stud daher alle Anfragen und Briefe an selbigen zu richten. J. A.: Carl Holmann, Vorsitzender, Scherzergasse.

Hamburg, 2. Februar. Böllige Aufklärung in Betreff der Angelegenheit des Herrn Weigel. Im Oktober und November 1873 fand ein Strike der Cigarrenarbeiter in Holland resp. Rotterdam statt. Die Herren Cohn aus London und F. W. Frischi reisten in dieser Angelegenheit in Norddeutschland umher, um Propaganda für die Sache zu machen. Unter dieser Anregung bildete sich hier in Hamburg ein Strikecomité, welches Gelder einsammelte (ca. 20 Thaler), und wurde mit der Vererbung derselben C. Weigel beauftragt. Seit Ende November 1873 warten die Cigarrenarbeiter Hamburgs und Umgegend, welche zu diesem Strike Gelder beigetragen, um Aufklärung oder Beweismittel, ob Herr Weigel das Geld abgeschickt habe oder nicht. Herr Weigel wurde von den damaligen Strikecomitémitgliedern Hoffmann, Philipp und Herzog mehrfach aufgefordert, ihnen die Quittung über die abgeschickten Gelder zu zeigen — er verweigerte es ihnen, indem er sagte, er habe den Postchein nicht bei sich. Da nun Weigel es den Comitémitgliedern und einzelnen Personen verweigerte, Rücksicht zu geben, so wurde er in fünf auf einander folgenden Cigarrenarbeiterversammlungen aufgefordert Aufschluß zu geben. Er fehlte beständig. In der dritten Versammlung wurde eine Commission, aus acht Personen bestehend, ernannt, welche beauftragt war, sich die Quittung von Weigel zeigen zu lassen. Die Commission begab sich am andern Morgen zwischen 8 und 9 Uhr in die Privatwohnung desselben und theilte ihm den Zweck ihres Kommens mit. Weigel fühlte sich aber nicht gemüthigt, das Bett zu verlassen, wurde grob und meinte, so könnte ein Jeder kommen, und verwies den Herren, weil sie mit dieser Antwort nicht zufrieden waren, das Zimmer. In die vierte Versammlung schickte der Herr, statt selber zu erscheinen, den Boten Herrn Schredensbach, welcher der Versammlung die frohe Kunde brachte, daß Herr Weigel den Postchein verloren habe. Es wurde nun ein Bureau, aus drei Personen bestehend, ernannt, um Ermittlungen einzuziehen bei den Postanstalten, ob das Geld daselbst direkt eingezahlt worden sei, wie die Angabe lautete. Das Ergebnis war fruchtlos, da uns der Name des Adressaten nicht bekannt war. Wir begaben uns nun zu Weigel, und eröffnete uns derselbe, daß er das Geld in einen recommandirten Brief gelegt habe, er wüßte aber den Namen des Adressaten nicht mehr. Hierauf erhielten wir von Herrn Philipp den Namen und die Adresse des damaligen Strikecassirers, Herrn Hartenstein, Dyblichstraße Rotterdam, welche wir der Oberpostdirektion übergaben, um in den Hauptbüchern nachschlagen zu lassen. Das Ergebnis war wiederum fruchtlos, da für die Zeit, in welcher Herr Weigel das Geld abgeschickt haben will, kein derartiger Name in den Postbüchern anzufinden war. Dieses Resultat wurde der letzten Cigarrenarbeiter-Versammlung vom 9. Dezember mitgetheilt, und wurden wir von dieser Versammlung beauftragt, vorstehende Erläuterungen einzuschicken, und ward sodann nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung erklärt, daß Herr Weigel in fünf aufeinander folgenden Versammlungen, trotz Aufforderung, nicht erschienen ist; sie fordert deshalb denselben auf, innerhalb vier Wochen das Beweismaterial herbeizuschaffen, daß das Geld an seine richtige Adresse gelangt sei, widrigenfalls die Sache der Öffentlichkeit als Unterschleif bekannt gegeben wird.“ Mit sozialdemokratischem Gruß!

J. Batters, Vorsitzender. G. Barthels, Schriftführer.
J. Fabstich. H. Rottkamp.

Königsberg. Den 1. Januar wurde hier ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet mit folgendem Programm:
§ 1. Zweck des Vereins. Der sozialdemokratische Wahlverein zu Königsberg i. Pr. hat die Aufgabe, die nächsten Wahlen zum Reichstage und zu den andern Vertretungskörpern vorzubereiten und die Wahl von Männern durchzusetzen, die sich zu den sozialdemokratischen Grundbegriffen bekennen und kein Recht des Volkes aufgeben. — Zu diesem Zwecke beruft der Verein jeden Monat mindestens eine Versammlung ein.
§ 2. Mitgliedschaft. Derselbe wird ohne Unterschied des Standes von Jedem erworben und erhalten, der dieses Statut anerkennt und namentlich einen Beitrag von mindestens 1 Sgr. (10 Reichspfennige) praenumerando bezahlt.
§ 3. Generalversammlungen. Im Monat Oktober jedes Jahres findet eine ordentliche Generalversammlung statt, in

welcher ein Vorsteher, ein aus 3 Personen bestehender Beirath desselben und aus diesem ein Kassirer und ein Kassencontroleur gewählt wird. — Außerdem können durch den Vorsteher, und müssen auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern außerordentliche Generalversammlungen jederzeit einberufen werden. — Jede Generalversammlung muß durch 2 Königsberger Blätter resp. durch Plakate angekündigt werden.

§ 4. Geschäftsführung. Der Vorsteher übernimmt die Vertretung des Vereins nach außen. Seinen Stellvertreter erwählt er aus dem Beirathe. — Dem Vorsteher steht jederzeit Einsicht in die Kassenverhältnisse zu. — Außerdem kann jede außerordentliche Generalversammlung und muß die ordentliche Generalversammlung im Oktober 2 Kassenrevisoren ernennen.

§ 5. Diese Statuten können nur abgeändert werden, wenn in zwei, 8 bis 14 Tage auseinanderliegenden, Generalversammlungen die Majorität der anwesenden Mitglieder sich dafür entscheidet.

§ 1 war von Dr. Joh. Jacoby in Vertretung der bevorstehenden Einigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagen, welcher auch in der konstituierenden Versammlung die sozialdemokratischen Grundbegriffe erklärte und sie auf die Forderung concentrirte: Gleiches Recht gegen Jeden in politischer, gesellschaftlicher und nationaler Hinsicht. Die übrigen Parteien hätten zwar auch oft „gleiches Recht für Alle“ als Grundfah aufgestellt, aber nicht die richtigen Konsequenzen auf das soziale und internationale Leben gezogen.

Die sämtlichen §§ wurden einzeln vorgelesen und einstimmig angenommen, nachdem Dr. Jacoby entgegen dem Vorschlage, der auf 20 Pf. ging, für einen monatlichen Beitrag von 10 Reichspfennigen gesprochen, und dieser geringe Beitrag von den Anwesenden auch acceptirt worden war.

In den Verein ließen sich an diesem Abende 104 Mitglieder einschreiben. Als Vorsteher wurde gewählt: Kaufmann Max Herbig, doch nur bis Mai, da er dann die Stadt zu verlassen gedenkt, in den Beirath Kaufmann Herm. Arnoldt, Gärtner S. Ender, Maler Religi und Buchhalter A. Radtke. Mit begeistertem Huch auf die Sozialdemokratie trennte sich die Versammlung. Die „Ostpreussische Zeitung“ macht ihrem Kerger über die Gründung des sozialdemokratischen Wahlvereins Lust in den folgenden Worten: „Kaum ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei für geschlossen erklärt, so wachen der Hydra statt eines abgeschlagenen zwei neue Köpfe empor.“

Königsberg i. Pr., 4. Februar. Laut Erkenntnis vom 10. Dezember v. J. ist Schwarz wegen Vereinsgesetz-Übertretung zu 10 Thlr., wegen Vereingeld-Vergehen zu 20 Thlr., Unterzeichnet wegen des letzteren Punktes allein zu 30 Thlr. verurtheilt; meine härtere Strafe wurde mündlich motivirt, weil ich als Agitator zu betrachten wäre, schriftlich, weil meine Thätigkeit, 2 Vereine zu verbinden, eine umfassendere gewesen sei. Die Verbindung sei durch Ueberführung von Beiträgen geschehen und durch meine Berichte an den Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und an den „Volkstaat“ (?). Da wir am Orte einen Verein gebildet oder nicht, hänge davon ab (?), ob die Eisenacher sozialdemokratische Arbeiterpartei ein Verein sei oder nicht. Diese sei es durch die Organisation, also sei auch der Vertrauensmann eines Dries Vorsteher eines Lokalvereins. Auf Schließung dieses Lokalvereins wird erkannt, wegen der revolutionären Tendenz der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die in ihrem Programm erklärt: „Die heutigen sozialen Verhältnisse sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit aller Macht zu bekämpfen“, wodurch sie zu Unzufriedenheit die Arbeiter aufreizte u. Weiner Ansicht nach muß bewiesen werden, ob die Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ein Verein, ob in Königsberg ein politischer Verein bestanden, ob ich Vorsteher eines solchen gewesen, ob ich als solcher eine Verbindung zwischen beiden Vereinen vermittelt habe. Zur Unzufriedenheit aufzureizen ist auch noch nicht verboten, also die Schließung nicht erforderlich. Ueberhaupt kann ein Verein, der nie bestanden, auch nicht geschlossen werden, nur würde dieser Anspruch zu ungeseglichen Versammlungs-Auflösungen führen. Appellation ist angemeldet.

Adolf Radtke,
„geschlossenes“ Parteimitglied der soz.-dem. Arbeiterpartei.
Wiesbaden, 11. Februar. In der am 6. d. Mts. abgehaltenen Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige im Lokale des Herrn Haas tagende Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüßt mit Freuden die in beiden Arbeiterfraktionen geslogenen Einigungsbestrebungen und hofft, daß dieselben mit dem zu Pfingsten stattfindenden Congress ihren Abschluß finden, und spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß dieselben dem Grundprinzip der Sozialdemokratie entsprechen.“
Mit sozialdemokratischem Gruß! Die Parteigenossen.
J. A.: K. Hintermeyer, Burgstraße 5.

Erklärung.
Durch die öffentlichen Blätter geht, theilweise mit gehässigen Bemerkungen, theilweise als einfache Angabe, die durch die Anhänger des Herrn Bräuer in Hamburg verbreitete Nachricht, daß ich außer meinem Gehalte in dem Geschäftsjahr des Allg. deutsch. Arb.-Vereins vom 1. April 1873 bis 1. April 1874 150—250 Thaler monatlich Agitationsgeld für mich bezogen hätte; ein Theil des Geschäftsberichts des Allg. deutsch. Arb.-Vereins wird dieser Behauptung von einigen Zeitungen zu Grunde gelegt.
Es werden allerdings, und besonders bei lebhafter Agitation, an welcher sich der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins selbst betheiligte, an diesen auf seine Anweisung von der Vereinskasse oftmals größere Summen gezahlt, von welchen er einestheils andere Agitatoren für die Zeit ihrer Thätigkeit besoldet, andertheils seine eigenen Ausgaben destreitet.
In dem oben angeführten Zeitraum hatte ich gegen 1700 Thaler aus der Vereinskasse bezogen, von welchen ich aber, laut der der General-Versammlung zu Hannover vorgelegten und geprüften Quittungen und Postscheine, selbst nur gegen 500 Thlr. zur Agitation für 136 Tage nebst Fahrgehalt zur Reise fast durch ganz Deutschland verbraucht hatte. Die übrigen 1200 Thlr. vertheilten sich auf verschiedene Agitatoren.
Ich ersuche zunächst die Blätter sozialdemokratischer Richtung, diese falsche Erklärung aufzunehmen zu wollen; dann aber halte ich es auch für Ehrensache aller anderen Blätter, welche über diese Angelegenheit irgend etwas gebracht haben, gleichfalls obige Erklärung abzuveröffentlichen.
In unserer heutigen Zeit ist es allerdings leicht, einem Manne in der Öffentlichkeit die Ehre abzuschneiden; daß man dies aber in so frivolster, leichtsinniger Weise zu thun versucht, ist ebenfalls ein Zeichen der Fäulniß unserer sozialen Verhältnisse.
Hasenclever.

Druckkosten
der Expedition: H. Oskam, Dortmund: Nr. 6 gefandt. Wenn eine Nr. von der Post Ihnen nicht geliefert wird, so dürfen Sie nicht nach derselben dort fragen, sondern Sie müssen die Nr. dort energisch fordern; die Post ist verpflichtet, Ihnen alle Nrn. zu liefern, die Sie abonniert haben. — G. R. Neundorf: Wenn Sie die früheren Nrn. des Quart von der Post erhalten wollen, müssen Sie bei dortiger Postz. mündlich, oder schriftlich nachverlangen und 10 Pf. Nachbestellgebühr entrichten.

Quittung
der Expedition: Soz.-dem. A. B. hier Ann. 6.10. Adolph Hannover Ann. 1.00. Ami Naja Schr. 5.00. Rh. hier Ann. 4.00. H. u. B. hier Ann. 2.75. J. Bsch Mainz Schr. 18.00. Schmüd Gotha Ann. 0.60. Brmn. Hef. Schr. 1.25. Währ hier Ab. 0.60. Hbsch hier Ab. 6.00. Nl. Wien Ab. 1.70. Rtm. u. Co. Nuzsch Schr. 13.15. Grnt. Neulichen Schr. 7.05. Grntw. Mikoslaw Schr. 2.45. Commn Berlin Ab. 30.00. Währ Hof Schr. 3.00. Sch. Luzbg Schr. 2.95. H. Kato Berlin Schr. 198.75.

Fond für Gemahreichte.
J. Müller hier 0.50. Arb.-B.-B. hier durch B. 34.50.
Für die Hinterbliebenen York's.
Arb.-Verein in Lindenau 6.50.
Genossenschaftsdruckerei.
Antheilscheine bez. Anteilquittungen ertheilt ferner: In Leipzig R. S. 9.00.

Anzeigen etc.
Augsburg Literarischer Verein.
Sonntag, den 21. Februar, Nachmittags 3 Uhr: General-Versammlung bei H. Weber (Brenner'sche Brauerei).
(40) Der Ausschuß.

Altona Sozial-demokratischer Arbeiterverein.
Donnerstag, den 18. Februar, Abends 9 Uhr: Versammlung im Schuhmacher-Amtshaus.
Tagesordnung: Innere Vereinsangelegenheiten und Besprechung eines Falls.
Zu vollständiger Besuche ladet ein Der Vorstand.
NB. Monats-Beiträge werden entgegen genommen. (70)

Berlin Verein der Sattler und Berufsgenossen.
Sonnabend, den 20. Febr., Abends halb 9 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung bei Polenz, Alte Jakobstr. 88.
Tagesordnung: 1) Kassenbericht. 2) Kongress-Anträge. 3) Innere Vereinsangelegenheiten. A. Können, Betraumensm. - (60)

Dresden Arbeitsnachweis und Beherbergung der Schuhmacher
(36 w.) Schreiberstraße 7 „Zum Pirnaischen Hof.“ (40)

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Donnerstag, den 18. Febr.: Öffentliche Versammlung im Kleinen Saal des Compenigarten. Vortrag des Hrn. Blaut aus Berlin, Bericht der Konferenz. (40)

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Donnerstag, den 18. Februar, Abends halb 9 Uhr: Versammlung bei Jacobi, Rosenthalgasse.
Tagesordnung: Wochenbericht von Kaufmann. — Diskussion. Die Mitglieder werden zu zahlreichem Erscheinen dringend aufgefordert. Der Vorstand. (60)

Leipzig Der Arbeiterbildungverein
feiert Sonnabend, den 27. Febr., in den Räumen der Tonhalle sein

14. Stiftungsfest
Abend in Jahresbericht des Vorsitzenden, Fikrede von Hrn. W. Liebnicht, Concert und Ball.
Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins sind dazu freundlichst eingeladen. Der Vorstand. (250)

Leipzig Regellclub der Köthen.
Abend jeden Freitag Abends 8 Uhr bei Richter, Hofplatz 9. Theilnehmer sind eingeladen.
Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen: (75)

Die Volksschule
und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen
Eine Skizze von einem Ostpreußen.
Separatabdruck aus dem „Volkstaat“. Preis pro Exemplar 15 Pf.

Die Pariser Commune
vor den Berliner Gerichten
Eine Studie über deutsch-preussische Reichszustände von J. Hoff.
Preis 1 Mark.

Religion und Sozialismus
Eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869 von Dr. C. Vorstian.
Den deutschen Arbeitern gewidmet.
Preis pr. Expl. 50 Pf.
Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

Quittung I.
Für die Hinterbliebenen York's gingen bis heute hier ein:
Hamburg: Von Sch. 60 Pf., Hamburg-Altonaer Anschläger 12 R. 60 Pf., F. 0.70, Auer 0.60, A. Meyer 0.30, Endwig 3.00, Allgemeines deutscher Maurer- und Steinbauverein 60.00, Diebstahl 3.00, Hamburg-Altonaer Buchbinderverein 24.00, Soz.-dem. Arbeiterverein (Ball) 17.00, B. 6.60, L. 6.00, Kuttner 1.20, W. Müller 0.87, Hamburger Zimmererverein durch F. Bremer 50.00, Schmidt'sche Schneiderwerkstatt v. R. 3.00, J. Festig 0.60, auf Liste 6 d. Everhardt 13.55, S. L. 1.00, J. L. (Dobnaden) 1.00, Heinrichs (Einblätler) 0.90, von demselben auf Liste 100 erste Ratz 7.65;
Kauzweiler: von G. Seebach 1.00;
Bahrenth: Fest der Holzarbeiter und Schneider d. Wendel 8.40;
Berlin: Stiftungsfest der Holzarbeiter d. S. Lemke 30.22;
Darmstadt: d. Feuchtmann v. Parteigenossen 6.00;
Dresden: v. R. Kobylsch 6.00, St. d. S. 3.00, Stiftungsfest des Arbeiterbildungvereins 27.10;
Düsseldorf: v. Sozialdemokraten d. C. Naaf 6.00;
Frankfurt a/M.: v. Angemann 3.00;
Gera: v. d. Mannfaktur-, Fabrik- und Handarb.-Gew. d. Krause 18.00
Hannover: Tanztruppen der Gewerkschaften d. Wehler 6.65;
Margrathora: v. C. E. 10.00;
Mannheim: v. einer Abendunterhaltung d. Th. Krieg 50.00;
Schmöln: v. einer Volksversammlung d. Marini 4.60;
Schwerin: v. Demmer 45.00;
Stuttgart: v. Mitgl. beider Fraktionen d. Kreis 7.20;
Winterthur: Deutscher Verein d. Kempner 10.78;
Zwickau: d. C. Element v. Holzarb.-Genossen 15.00;
Ueber den Erbs durch Verkauf der York'schen Rede „Die industrielle Arbeitsfrage“ erfolgt später besondere Quittung.
Weitere Beiträge nimmt entgegen:
Hamburg, 9. Febr. 1875. August Weis, Köbbingsmarkt 12.

Verantwortlicher Redakteur: A. Seiffert.
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Reichenstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.